GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

Nr.26 | Januar 2017

Die glanzvoll wiedergewählte GB-Gemeinderätin Franziska Teuscher (vorne) und die GB-Stadträtinnen Leena Schmitter, Katharina Gallizzi, Regula Tschanz, Regula Bühlmann, Franziska Grossenbacher, Stéphanie Penher, Ursina Anderegg, Lea Bill und Rahel Ruch (von links nach rechts und oben nach unten) freuen sich auf den engagierten Einsatz für eine ökologische, soziale und weltoffene Stadt Bern.

STAND
Regula Tschanz
● Nein zum Milliarden-Bschiss USR III

STAND
Stéphanie Penher
● NAF führt nicht zur Mobilität der Zukunft

SCHLUSS
Lea Bill
● Mit kritischem Blick für eine vielfältige Stadt

Nein zum Milliarden-Bschiss USR III

Die Unternehmenssteuerreform III ist ein gutes Geschäft für Konzerne, Grossaktionäre, Steuerberaterinnen und Wirtschaftsprüfer – und ein ganz grosser «Bschiss» für alle anderen. Das Grüne Bündnis sagt am 12. Februar überzeugt Nein.

Das ursprüngliche Ziel der Unternehmenssteuerreform (USR) III war, ungerechtfertigte Steuerprivilegien für multinationale Firmen und Finanzgesellschaften abzuschaffen. Doch statt einfach Steuerschlupflöcher zu stopfen, wollen die rechtsbürgerlichen Kräfte die Unternehmenssteuern masslos senken. Die Reform reisst Milliarden-Löcher in die Kassen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden.

Nun rechnen immer mehr Gemeinden nach. Der Berner Gemeinderat lehnt die «unausgewogene und überladene» USR III ab, weil die drohenden Steuerausfälle «eine massive Zusatzbelastung der natürlichen Personen zur Folge hätten». Basierend auf den Steuererträgen 2012 wurde der voraussichtliche Ertragsausfall der Stadt Bern mit gut 30 Millionen Franken beziffert. In der Antwort auf eine Interpellation des GB schrieb der Gemeinderat allerdings, dass «die netto zu erwartenden Steuerausfälle dannzumal auch bedeutend höher sein könnten». Genf rechnet mit Ausfällen von 50 Millionen Franken, Zürich gar mit 300 Millionen Franken. Mit der Bieler Finanzdirektorin Silvia Steidle engagiert sich auch eine wichtige bürgerliche Stimme im Städtekomitee gegen die USR III.

«Zinsbereinigte Gewinnsteuer» oder «Patentbox» – unter dem Fachjargon von Steuerberaterinnen und Wirtschaftsanwälten können sich nur die wenigsten Leute etwas vorstellen. Die Rechnung für die Steuergeschenke an die Konzerne bezahlen aber wir alle: mit höheren Gebühren und Steuern oder durch Leistungsabbau, etwa bei der Bildung oder im Gesundheitswesen. Klare Worte wählt auch der Stadtrat (Exekutive) von Olten: «Die Steuerbelastung wird sich teilweise von den juristischen Personen hin zu den natürlichen Personen verschieben müssen.» Mit einem deutlichen Nein am 12. Februar zeigen wir dem Bundesparlament die rote Karte und stellen die Weichen für eine ausgewogenere Vorlage.

Regula Tschanz, GB-Stadträtin

Parolenbox

Abstimmungen vom 12. Februar 2017

Stadt

- Baukredit für Neubau und Sanierung der Volksschule Marzili **JA**

National

- Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration **JA**
- Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) **NEIN**
- Steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) **NEIN**

«Die Vorlage bringt leider nicht die automatische Einbürgerung von längst Integrierten. Doch sie setzt am richtigen Ort an: Bei meiner Einbürgerung erlebte ich die Beweisprozedur der Integration als stossend. Dasselbe empfinden meine Kolleg_innen der dritten Generation mit breiterem Berndeutsch als ich. Ein Ja erklärt zumindest die Jugendlichen unter ihnen eindeutig zu Inländer_innen. Daher klar Ja!»

Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche

Die erleichterte Einbürgerung soll neu nicht nur für Verheiratete, sondern auch für Jugendliche der dritten Generation gelten. Über diese Änderung der Bundesverfassung stimmen wir am 12. Februar ab.

Erleichterte Einbürgerung bedeutet zweierlei: Erstens müssen sich die Ausländer_innen nicht wie sonst üblich auf den drei Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund in einem aufwendigen und teuren Verfahren einbürgern lassen. Stattdessen erfolgt die Einbürgerung direkt auf Bundesebene. Je nach Gemeinde fallen also Tests, Abstimmungen oder entwürdigende Auftritte an Gemeindeversammlungen weg. Zweitens gilt die Umkehr der Beweislast der Integration: Während bei der ordentlichen Einbürgerung die Ausländer_innen beweisen müssen, dass sie «gute» Schweizer_innen (also integriert) sind, wird dies beim erleichterten Verfahren angenommen. Der Staat müsste das Gegenteil beweisen.

Mit der Änderung der Bundesverfassung wird dieses deutlich einfachere Verfahren Jugendlichen der dritten Generation ermöglicht. Dies sind die Enkel_innen der ersten Generation Migrant_innen – insbesondere Italiener_innen, Spanier_innen und Portugies_innen. In den nächsten Jahren wird mit rund 1000 bis 2000 zusätzlichen Einbürgerungen jährlich gerechnet. Diese Menschen gehören längst zur Schweiz. Obwohl sie Inländer_innen sind, müssen sie es heute aber beweisen, im Kanton Bern z. B. mit einem Sprachtest. Solche Hürden schrecken ab. Die Vorlage ist daher für die betroffenen jungen Menschen sehr wichtig.

Die Abstimmungsvorlage geht auf einen Vorstoss von SP-Nationalrätin Ada Marra zurück. Das Bundesparlament hat beschlossen, dass Jugendliche der dritten Generation einen Antrag für das erleichterte Verfahren stellen müssen und dies nur bis zum Alter von 25 Jahren möglich ist.

Andreas Tschöpe, GB-Mitglied, 2009 eingebürgert

«Luxusstrassen. Überall! Bereits heute entfällt ein Drittel der bebauten Fläche auf die Verkehrsinfrastruktur, 90 % davon sind Strassen. Wird nun eine zusätzliche Milliarde Franken für den Strassenbau freigegeben, wird jedes noch so absurde Projekt realisiert. Das Resultat ist klar: Die Asphaltierung und die Zersiedelung der Schweiz gehen weiter.
Es braucht ein klares Nein zum unökologischen NAF!»

NAF führt nicht zur Mobilität der Zukunft

Mit dem neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) droht eine Strassenoffensive wie in den 1960er Jahren, die die Landschaft in Betonwüsten verwandelt – ohne damit die Verkehrsprobleme zu lösen.

Zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik muss die bestehende Infrastruktur intelligent steuern und effizienter nutzen. So sind Car-Pooling-Modelle zu fördern, mit Road-Pricing der Verkehr besser zu lenken oder durch Abstimmung von Siedlung und Verkehr das Verkehrswachstum einzudämmen. Prioritär sind daher Investitionen in den öffentlichen Verkehr sowie in Velo-Infrastrukturen und Fusswege. Der NAF geht in die falsche Richtung und ist nichts Anderes als eine aufgewärmte Milchkuh-Vorlage: Statt 1,5 Milliarden soll «nur» noch 1 Milliarde Franken zusätzlich in den Strassenbau fliessen, Jahr für Jahr. Rund 300 Millionen Franken tragen die Nutzer_innen über eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um vier Rappen bei. Für die durchschnittliche Autofahrer_in sind das lediglich 5 Prozent Mehrkosten. Die übrigen rund 700 Millionen Franken stammen aus der allgemeinen Bundeskasse. Bei einer Annahme des NAF würde dieses Geld in der Bundeskasse fehlen. Kürzungen insbesondere beim öffentlichen Verkehr, der Bildung, beim Sozialen und der Landwirtschaft wären die Folge. Das Verursacherprinzip wird so massiv geschwächt. Ganz anders bei FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur): Für FABI wurden die Billettpreise im öffentlichen Verkehr um rund 10 Prozent erhöht und nur 100 Millionen aus der Bundeskasse entnommen. Die bewährten Agglomerationsprogramme, mit denen auch der Fuss- und Veloverkehr und der öffentliche Verkehr gefördert werden, können problemlos mit der heute gültigen Verfassung weitergeführt werden.

Stéphanie Penher, GB-Präsidentin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● Donnerstag, 2. Februar 2017, 18:15 – 19:45 Uhr, kulturpunkt im PROGR, Raum 009
Öffentliche Diskussion: Einbürgerungen – ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück?
Gemeinsam mit vier Referent_innen wird diskutiert, wohin die Einbürgerungspolitik der Schweiz steuert und wie effektive Teilhabe alternativ ausgestaltet werden könnte:
● Barbara von Rütte (NCCR on the move, Universität Bern)
● Francesca Chukwunyere (Informationsstelle für Ausländerinnen und Ausländerfragen)
● David Mühlemann (humanrights.ch)
● Rahel Beyeler (Anwaltsbüro advocomplex)
Weitere Infos unter: www.djs-jds.ch/bern

● 17. Februar – 26. März 2017, Museum für Kommunikation, Helvetiastrasse 16, Bern
eingewandert.ch: Fotoausstellung zum Thema Immigration, Integration, Identität
Wie viel Migration steckt in mir? Sechs Fotografen und eine Fotografin setzen sich in einer interaktiven Fotoausstellung mit unterschiedlichen Facetten der Einwanderung in die Schweiz auseinander.
Weitere Infos unter: www.mfk.ch

● Dienstag, 21. Februar, 18 – 20 Uhr, Randweg 15
Diskussionsrunde «Räume fürs Quartier»
In der Lorraine eröffnen sich wieder neue Möglichkeiten von Räumen, die von Einzelpersonen, Organisationen oder «vom Quartier» gemietet und genutzt werden könnten. Daher lädt die Quartierarbeit Bern Nord in Zusammenarbeit mit dem *Verein Läbigi Lorraine* alle Interessierten zu einer Diskussion ein.

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **Ökologie**
Kontakt: fragroba@gmx.ch
● **Internationales und Migration**
Kontakt: asancar@bluewin.ch
● **Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **AG macht**
Kontakt: ursina.anderegg@gmx.ch

● **Leitender Ausschuss**
15. Februar, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna
● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 22. Februar statt. Save the date!

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Marius Christen, Samuel Kaiser, Christine Michel, Stéphanie Penher, Leena Schmitter.
Fotos:
Monika Flückiger, Judith Schönenberger.
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss
grün. Nr.27: 1. Februar 2017

SCHLUSS

Lea Bill, GB-Stadträtin

Mit kritischem Blick für eine vielfältige Stadt

Wow, war ich aufgeregt – nicht erst am 27. November, sondern schon Tage und Wochen zuvor. Ungefähr um Mitternacht war es dann endlich soweit und ich konnte es nicht fassen! Alle bisherigen Stadträtinnen des GB wurden wiedergewählt und wir haben alle neun Sitze verteidigt. Zudem hat die Junge Alternative JA! ihren zweiten, vor vier Jahren verlorenen Sitz wieder zurückgewonnen. Die JUSO hat zwei Sitze gemacht und die AL verfügt nun ebenfalls über zwei Sitze. Kurz: Der Stadtrat ist linker, jünger und der Frauenanteil ist höher. Ich war und bin immer noch überwältigt!
Doch was machen wir nun mit dieser Veränderung? Aus meiner Sicht reicht es nicht, sich einfach über die tollen Resultate zu freuen und sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen. Wir müssen diese Freude in politischen Elan umwandeln. Auch wenn der Gemeinderat nun aus vier RGM-Vertreter_innen und einem bürgerlichen Gemeinderat besteht, müssen wir uns weiterhin mit kritischem Blick für eine vielfältige und offene Stadt Bern einsetzen. Denn in den nächsten Jahren geht es um einiges: Wir müssen die Weichen für eine Stadtentwicklung stellen, die allen Bevölkerungsschichten zugutekommt, sei es in der Wohn(bau)politik, in der Verkehrsplanung, im Umgang mit öffentlichen Räumen, in der Bildungspolitik oder im Recht auf Mitsprache und Mitgestaltung. Die Stadt Bern soll hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Das ist meine Vision. Packen wir es also an, ich freue mich.